

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.
Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Mit Empörung haben jüdische Gemeinden in Italien auf die positiven Äußerungen** des früheren Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi über den faschistischen Staatsführer Benito Mussolini reagiert. Der Präsident der Union der jüdischen Gemeinden, Renzo Gattegna, sagte der Tageszeitung „Il Messaggero“, Berlusconis Worte ließen jeden Sinn für Moral und historische Fundiertheit vermissen. Berlusconi hatte bei einer Veranstaltung zum Holocaustgedenktag in Mailand gesagt: „Die Rassengesetze sind die schlimmste Schuld Mussolinis, der aber in vieler Hinsicht auch Gutes geleistet hat.“ Italien habe sich als schwächerer Verbündeter Nazi-Deutschland nicht entgegenstellen wollen, trage aber nicht die gleiche Verantwortung, so der frühere Regierungschef, der bei den Wahlen Ende Februar erneut mit seiner Partei PdL gewinnen will. Auch bei italienischen Politikern sorgten Berlusconis Äußerungen für heftige Kritik. (kna 28.01.2013)
- Die »Initiative 27. Januar« setzt sich für mehr Lebensqualität von Schoa-Überlebenden in Israel ein. Ein Drittel der 200.000 Holocaust-Opfer käme im Alltag halbwegs über die Runden, aber etliche müssten auch in Armut und Einsamkeit leben, sagt Harald Eckert, Vorsitzender der »Initiative 27. Januar«. Sie hatte zu einer Gedenk- und Benefizveranstaltung eingeladen hatte, zu der etwa 100 Interessierte in das Berliner Gemeindehaus an der Fasanenstraße kamen. (AJW, Tagesspiegel, Dradio) TS ILI News 04.02.2013)
- **Papst Franziskus hat ein Dekret unterzeichnet**, mit dem das Martyrium des im Jahr 1945 im KZ Dachau ums Leben gekommenen italienischen Priesters und Judenretters P. Giuseppe Girotti anerkannt wurde. Pater Girotti war zum Zeitpunkt seines Martyriums 39 Jahre alt. Es handelt sich um das erste Dekret des neuen Papstes; in diesem werden unter anderen auch 58 Märtyrer aus dem Spanischen Bürgerkrieg und zwei Opfer der kommunistischen Kirchenverfolgung in Ungarn bzw. Rumänien anerkannt. Die Seligsprechungsfeiern finden zu unterschiedlichen Zeitpunkten in den jeweiligen Diözesen der neuen Seligen statt. Die ersten Heiligsprechungen wird Papst Franziskus am 12. Mai durchführen. Es handelt sich bei den neuen Heiligen ebenfalls um Märtyrer. Franziskus wird Antonio Primaldo und seine Gefährten heiligsprechen, die 1480 im süditalienischen Otranto auf Befehl der osmanischen Machthaber getötet worden waren. Sie hatten sich nach dem Fall ihrer Stadt geweigert, zum Islam überzutreten. (rv/kap 28.03.2013)
- **In der Schweiz wurden im vergangenen Jahr** weniger antisemitische Vorfälle registriert als im Jahr 2011. Das geht aus dem jährlichen Antisemitismusbericht des Israelitischen Gemeindebundes (SIG) und der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) hervor. Die Zahl der Fälle sei von 36 auf 25 gesunken, zitiert die Presseagentur „Kipa“ aus dem Bericht. Der SIG betont darin jedoch, dass allein durch den quantitativen Rückgang nicht auf eine geringere Verbreitung von Antisemitismus zu schließen sei. Die Zahlen könnten auf eine Tendenz hinweisen, seien aber nicht repräsentativ. Nach wie vor sei die große Verbreitung antisemitischer Inhalte im Internet bedenklich. Der Antisemitismusbericht ist in diesem Jahr bereits zum dritten Mal erschienen und informiert über aktuelle judenfeindliche Entwicklungen in der Deutschschweiz. (kipa 18.03.2013)
- **Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) hat die Beteiligung der fünf Weltreligionen an der Internationalen Gartenschau (igs) als wichtigen Beitrag begrüßt.** Bei der igs in Hamburg-Wilhelmsburg, die am 26. April eröffnet wird, präsentieren sich Christentum, Judentum, Islam, Buddhismus und Hinduismus gemeinsam in der «Welt der Religionen». Es ist die erste Kooperation dieser Art bei einer solchen Ausstellung. «Hamburg ist immer schon eine große Ankunftsstadt gewesen», sagte Scholz am Freitag in der Hansestadt. «Für Wilhelmsburg gilt das ganz besonders, wo viele Menschen mit sehr unterschiedlichen Herkunft zusammenleben. Deshalb ist es sehr gut, dass die 'Welt der Religionen' Teil der Gartenschau ist.» Die Naturschau unter dem Motto «In 80 Gärten um die Welt» biete eine Reise durch Kulturen, Klima- und Vegetationszonen der Erde. «Hier kann man sehen, wie es auf der Welt zugeht und wie sich etwa die Religionen entwickeln. Daran werden alle sehr viel Freude haben», zeigte sich Scholz überzeugt. Mit der

Konzeption der IBA sei der «Sprung über die Elbe» auf Europas größte Flussinsel Wilhelmsburg gelungen. Der Stadtteil, der bisher als sozialer Brennpunkt mit einer Vielzahl von Nationalitäten und Religionen galt, werde durch die IBA und die parallel stattfindende Internationale Bauausstellung (IBA) nachhaltig aufgewertet, sagte der Bürgermeister. (kna 12.04.2013)

- **Der Regierungsbeauftragte für deutsch-polnische Beziehungen, Wladyslaw Bartoszewski, hat ein Denkmal zur Ehrung von polnischen Nazi-Opfern in Deutschland angeregt.** Polen sei als erstes Land zu Beginn des zweiten Weltkrieges von Deutschland überfallen worden, der Hass der Nationalsozialisten habe sich zunächst gegen die Polen und erst später gegen die Juden gerichtet, sagte der 91-jährige Staatssekretär im «Interview der Woche» des Deutschlandfunks. Die Zahl der polnischen Opfer betrage sechs Millionen Menschen.
In Warschau unterstützt Bartoszewski zudem Bestrebungen, auf dem Gelände des ehemaligen Ghettos ein Denkmal für Polen zu errichten, die Juden gerettet haben. Es solle unweit des neuen «Museums der Juden in Polen» errichtet werden, das von Deutschland mitfinanziert wurde. Der ehemalige KZ-Häftling, der viele Juden aus dem Warschauer Ghetto gerettet hat, ist Ehren-Bürger von Israel und wurde als «Gerechter der Völker» gewürdigt. Außerdem kämpfte er in der polnischen Partisanen-Bewegung, der Heimatarmee gegen die deutsche Besatzungsmacht. Bartoszewski sagte in dem Interview, dass die deutsch-polnischen Beziehungen zur «Welt der Wunder» gehörten. Der ehemalige Journalist und Historiker begrüßte die Entscheidung des ZDF, nach dem in Polen heftig kritisierten Film «Unsere Mütter, unsere Väter» einen weiteren Film über die Heimatarmee zu produzieren. Die Untergrundarmee der polnischen Exilregierung leistete Widerstand gegen die deutsche Besatzung. Ihr hätten 350.000 Kämpfer angehört, von denen die deutschen Zuschauer ein sehr einseitiges Bild vermittelt bekommen hätten, so Bartoszewski. Keineswegs hätten in den Reihen dieser Armee Antisemiten das Sagen gehabt, wenngleich sich sicher nicht jeder Kämpfer tadellos benommen habe. (kna 13.04.2013)
- **Das Berliner Projekt des bundesweit ersten gemeinsamen Gotteshauses von drei Religionen stellt sich der öffentlichen Debatte.** Wie der Verein «Bet- und Lehrhaus Petriplatz Berlin» ankündigte, eröffnet er am 10. Mai im Deutschen Theater Berlin eine Gesprächsreihe zu dem Vorhaben. Es ist im Zentrum der Bundeshauptstadt anstelle der früheren evangelischen Petri-Kirche geplant. Die DDR-Regierung hatte die Ruine des Gotteshauses nach dessen Zerstörung im Zweiten Weltkrieg 1964 beseitigen lassen. Dort soll nun ein Gotteshaus mit getrennten Gebetsräumen für Juden, Christen und Muslime und einen gemeinsamen Raum der Begegnung entstehen. Träger des Projekts sind außer der Evangelischen Kirchengemeinde Sankt Petri-Sankt Marien auch die Jüdische Gemeinde, das Rabbiner ausbildende Abraham-Geiger-Kolleg und das muslimische «Forum für Interkulturellen Dialog». (kna 15.04.2013)
- **Polens katholische Kirche ehrt die jüdischen Widerstandskämpfer des Warschauer Ghetto-Aufstandes gegen die deutschen Besatzer vor 70 Jahren.** Der Warschauer Kardinal Kazimierz Nycz ordnete an, dass am Jahrestag des Aufstands, um 10.00 Uhr alle Kirchenglocken im Hauptstadt-Bistum läuten sollen. Zudem soll laut Nycz in den Gottesdiensten dafür gebetet werden, dass das Heldentum und das Leid der Aufständischen nicht umsonst war, sondern zur dauerhaften Versöhnung zwischen den Menschen, Völkern und Religionen beitrage. Am 19. April 1943 hatte sich die jüdische Widerstandsorganisation ZOB gegen die Nationalsozialisten erhoben, um die verbliebenen gut 56.000 der einst rund 300.000 Bewohner des Judenghettos zu befreien. Es war der größte jüdische Aufstand gegen die Besatzer in Europa. Die deutschen Soldaten töteten während der vier Wochen andauernden Kämpfe rund 6.000 Aufständische. Die übrigen Juden wurden in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert. Nur wenige überlebten. (mit/ame/iki 15.04.2013)
- **Polen hat des Aufstandes im Warschauer Judenghetto vor 70 Jahren gedacht.** In der Hauptstadt hielten Menschen auf den Straßen inne, als um 10.00 Uhr minutenlang Kirchenglocken läuteten und Sirenen heulten. Es war das erste Mal, dass die Stadtverwaltung und das Erzbistum die jüdischen Widerstandskämpfer gegen die deutschen Besatzer auf diese Weise ehrte. Staatspräsident Bronislaw Komorowski bezeichnete bei der Gedenkfeier den Ghetto-Aufstand als «wichtigen Bezugspunkt für jeden Kampf für Menschenwürde und Menschenrechte in der heutigen Welt». Der Aufstand habe in der Tradition früherer Revolten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts gestanden, bei denen viele polnische Juden nach der Devise «für unsere und eure Freiheit» gekämpft hätten. Zum Abschluss des Festaktes beteten Polens Oberrabbiner Michael Schudrich, der katholische Militärbischof Jozef Guzdek sowie orthodoxe und evangelische Geistliche gemeinsam für die Tausenden Opfer des 1940 von den Deutschen errichteten Ghettos.

An der Zeremonie nahmen neben noch lebenden einstigen jüdischen Widerstandskämpfern auch der israelische Bildungsminister Schai Piron, EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) und die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) teil. Komorowski eröffnete im Rahmen der Gedenkfeier auch das Museum für die Geschichte der polnischen Juden. (kna 19.04.2013)

- **Jeder zweite Deutsche hält den Islam für eine Bedrohung.** Laut «Religionsmonitor» der Bertelsmann Stiftung, dessen Zahlen die «Welt am Sonntag» veröffentlichte, sind ebenso viele Deutsche davon überzeugt, dass der Islam nicht nach Deutschland passt. Dieser Ansicht sind allerdings auch 18 Prozent der Muslime hierzulande. Die Zweifel an der Vereinbarkeit von Islam und westlicher Welt sind im Osten stärker ausgeprägt als im Westen (57 zu 49 Prozent). Zugleich sehen 19 Prozent der Deutschen im Judentum eine Bedrohung. Für die Studie befragten Demoskopien Ende vergangenen Jahres rund 14.000 Menschen in 13 Ländern zu ihrer persönlichen Religiosität, ihren Wertehaltungen und dem Verhältnis von Religion, Politik und Gesellschaft. Demnach wird der Islam auch international als eine Bedrohung wahrgenommen. So schätzten ihn 76 Prozent der Israelis, 60 Prozent der Spanier, 50 Prozent der Schweizer und 42 Prozent der US-Amerikaner als gefährlich ein. (kna 26.04.2013)
- **Ein historischer jüdischer Friedhof der Inselrepublik Kap Verde soll nach einer Renovierung wieder eingeweiht werden. Zur Wiederherstellung der Grabstätten in der Hauptstadt Praia habe der marokkanische König Mohammed VI. maßgeblich beigetragen,** berichteten französische Medien unter Berufung auf die Initiatorin des Projekts, die US-Journalistin Carol Castiel. Im 19. Jahrhundert hatten mehrere Hundert Juden auf den Inseln vor der afrikanischen Küste gesiedelt. Sie spielten eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung des Archipels. Damals war Kap Verde eine portugiesische Kolonie. Es sei denkwürdig, dass ein «wohlthätiger muslimischer Monarch» dazu beitrage, das jüdische Erbe in einem mehrheitlich katholischen Land zu würdigen, sagte Castiel. Zu der Zeremonie wird neben einer Gruppe von Nachfahren der kapverdischen Juden aus vier Kontinenten auch ein Berater von Mohammed VI. für Kulturfragen, Andre Azoulay, erwartet. Über die Höhe des finanziellen Engagements des Königs gab es keine Angaben. (kna 26.04.2013)
- **Unbekannte Täter haben drei jüdische Gedenktafeln in der KZ-Gedenkstätte Dachau beschädigt.** An den kleinen Tafeln wurden Davidsterne zerkratzt oder abgerissen, teilte die Stiftung Bayerische Gedenkstätten in München mit. Zeugen des Vorfalls gebe es bisher keine. Die Gedenkstätte schloss den Gedenkraum vorläufig und gab eine Instandsetzung der Tafeln in Auftrag. Polizei und Landeskriminalamt nahmen die Ermittlungen auf. (kna 29.04.2013)
- **Außenminister Guido Westerwelle (FDP) hat in seiner Rede auf der Tagung des Jüdischen Weltkongresses in Budapest Übergriffe auf jüdische Mitbürger und antisemitische Stimmungen verurteilt.** «Antisemitismus hat keinen Platz, weder in Berlin noch in Budapest noch irgendwo in Europa oder auf der Welt», sagte Westerwelle laut Redeprotokoll. Jüdische Mitbürger müssten vor Übergriffen geschützt werden. Mit ihnen gemeinsam wolle Deutschland sich für Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Menschenwürde einsetzen. Der Jüdische Weltkongress hatte nach eigenen Angaben vor dem Hintergrund zunehmender Übergriffe auf Vertreter jüdischer Organisationen in Ungarn beschlossen, seine diesjährige Tagung in Budapest abzuhalten. Man wolle ein Signal an das Land senden, in dem weltweit die drittgrößte jüdische Gemeinde beheimatet sei, hieß es auf der Internetseite des Kongresses. Laut Medienberichten wies Orban die Kritik an seiner Regierungsführung und einem Antisemitismus-Trend in Ungarn als haltlos zurück. (kna 06.05.2013)
- **Jüdische Friedhöfe sind nach Angaben des Berliner «Tagesspiegel» im vergangenen Jahr bundesweit 29 Mal geschändet worden.** Dies ist die niedrigste Zahl seit dem Jahr 2000, wie das Blatt unter Berufung auf Informationen der Bundesregierung meldete. Davon registrierte die Polizei fünf Fälle in Niedersachsen, je vier in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie je drei in Brandenburg, Bayern, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern. Damit wuchs die Zahl der Fälle seit dem Jahr 2000 auf 612. Die meisten wurden 2008 (63) sowie 2003 und 2000 (je 61) verzeichnet. Von den 29 Fällen des vergangenen Jahres klärte die Polizei bislang drei auf. (kna 10.05.2013)
- **Mit einer religiös geprägten Gedenkstunde haben Christen und Juden in Berlin an die Bücherverbrennung der Nationalsozialisten vor 80 Jahren erinnert.** Auf dem Bebelplatz

mahnten der evangelische Bischof Markus Dröge und der Präsident der Humboldt-Universität, Jan-Hendrik Olbertz, als Lehre daraus für die Freiheit des Wortes einzutreten. Der israelische Bildhauer Micha Ullman betonte, es gebe auch heute «Signale, die auf große Gefahr hindeuten».

Am 10. Mai 1933 warfen Studenten, Professoren und führende Vertreter der Nationalsozialisten zehntausende Werke verfeindeter Autoren ins Feuer, unter anderem auf dem Berliner Opernplatz, dem heutigen Bebelplatz. Damit begann eine systematische Vernichtung von Schriften antinationalistischer, jüdischer und kommunistischer Schriftsteller und Wissenschaftler. Auf dem Bebelplatz erinnert heute das von Ullman geschaffene Mahnmal «Bibliothek» an das Ereignis. Es ist ein unterirdischer Raum mit leeren Bücherregalen, der durch eine Glasscheibe im Pflaster des Bebelplatzes zu sehen ist. Dröge bezeichnete die Bücherverbrennung als Fanal für die folgende Menschenvernichtung. Er kritisierte, dass damals «die Kirchen nicht deutlicher das Wort ergriffen und das Wort verteidigt haben». Der Bischof rief dazu auf, «selbstkritisch danach zu fragen, wo dieser Ungeist heute neu ansetzen könnte». Als Beispiel nannte er die Ankündigung eines US-amerikanischen Predigers, den Koran anzuzünden, und die Verbrennung von Karikaturen. Olbertz dankte der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz für die Initiative zu der Gedenkstunde. Die Geschichte der damaligen Friedrich-Wilhelm-Universität sei «untrennbar mit der Bücherverbrennung verknüpft und alles andere als rühmlich», betonte er. Die Hochschule sei kein Ort des Widerstands, «nicht einmal des Widerspruchs» gewesen. An der Gedenkstunde wirkten mit Gebeten unter anderen auch Dompropst Ronald Rother von der benachbarten katholischen Sankt-Hedwigs-Kathedrale und Rabbiner Daniel Alter mit, der im vergangenen Jahr wegen eines antisemitisch motivierten Übergriffs bundesweit bekannt wurde. (kna 10.05.2013)

- **Die Jüdische Gemeinde Hamburg nutzt ab sofort eine Einrichtung der Caritas als eigenes Seniorenheim.** Bei der Unterzeichnung des Kooperationsvertrags in Hamburg sprach Weihbischof Hans-Jochen Jaschke von einem bundesweiten Pilotprojekt, dessen Zustandekommen ihn sehr bewege. Auch Ulrich Lohse vom Vorstand der Jüdischen Gemeinde zeigte sich erfreut über die erste Zusammenarbeit dieser Art. Mit der Eröffnung eines neuen jüdischen Altenheims gehe ein langgehegter Wunsch in Erfüllung.
Das Bischof-Ketteler-Haus in Hamburg-Schnelsen hat 129 Pflegeplätze und rund 100 Mitarbeiter. Die angeschlossene Wohnanlage mit 33 barrierefreien Wohnungen bietet bei Bedarf Versorgungsleistungen und Freizeitangebote. Jaschke sagte auf Anfrage, die Zusammenarbeit knüpfe an alte Traditionen in Hamburg an, wo die Juden eine starke Präsenz auch im Sozialbereich gehabt hätten. «Wenn es uns heute gelingt, in Kooperation von Christen und Juden so ein gutes Werk weiterzuführen, ist das schon bewegend», so der Vorsitzende der Hamburger Caritas. «Ich hoffe, dass es auch ein Zeichen dafür wird, wie Christen und Juden unter Wahrung ihrer jeweiligen Identität und Tradition unter einem Dach zusammenleben, einander begegnen und sich miteinander des Lebens freuen.» (kna 29.05.2013)
- **Die Allgemeine Rabbinerkonferenz Deutschland hat die Jüdische Gemeinde zu Berlin zur Ordnung gerufen.** Es sei beschämend, in ausländischen Zeitungen über deren «chaotische Zustände» lesen zu müssen, betonte der Vorsitzende der Rabbinerkonferenz, Henry G. Brandt. Er äußerte sich in einem in Braunschweig veröffentlichten Brief an Vorstand und Repräsentantenversammlung der Gemeinde. Brandt kritisierte «Handgreiflichkeiten in der Gemeinderatssitzung, willkürliche und vorverurteilende Hausverbote, Abwürgung des demokratischen Diskussionsprozesses und ein leichtfertiges Aufs-Spiel-Setzen der Zusammenarbeit mit dem Berliner Senat». Die Missstände in den Verwaltungsangelegenheiten der Gemeinde seien zwar seit langem bekannt, schrieb Niedersachsens früherer Landesrabbiner. «Nun aber spielt sich diese Tragödie auf offener Bühne ab und die große Mehrheit der Juden in diesem Land fühlt sich dadurch in ein schiefes Licht gesetzt.» Die Vorfälle in der Berliner Jüdischen Gemeinde seien keine reinen inneren Angelegenheiten, so Brandt. Aufgrund ihrer Mitgliederzahl sei sie das «Flaggschiff» der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. (kna 10.06.2013)
- **Die Universität Potsdam hat mit Organisationen des liberalen und konservativen Judentums eine Kooperationsvereinbarung geschlossen.** Damit ist der Weg frei, um erstmals an einer deutschen Universität bekenntnisgebundene Studiengänge der Jüdischen Theologie einzurichten, wie Universitätspräsident Oliver Günther erklärte. Bereits zum kommenden Wintersemester werde die «Potsdam School for Jewish Theology» innerhalb der Philosophischen Fakultät der Universität ihre Arbeit aufnehmen. Die Vereinbarung mit der Union Progressiver Juden in Deutschland und dem Verein Masorti Deutschland erfolgt nach einer Novellierung des brandenburgischen Hochschulgesetzes. Sie regelt die Mitwirkung der Religionsgemeinschaften

bei der Einrichtung theologischer Studiengänge an der Universität, bei Erlass von Studien-, Promotions- und Habilitationsordnungen sowie bei Berufungsentscheidungen. Im Anschluss an die Unterzeichnung konstituierte sich eine «Ständige Studienkommission für das jüdisch-geistliche Amt» bei der Allgemeinen Rabbinerkonferenz des Zentralrats der Juden in Deutschland. Sie übt nach eigenen Angaben künftig gegenüber der Universität das Mitwirkungsrecht. (kna 10.06.2013)

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **Die israelische Knesset und der Jüdische Weltkongress ehren die deutsche Pastorin und Bundesverdienstkreuzträgerin Petra Heldt und den Apostolat René Terra Nova aus Brasilien.** Heldt ist Direktorin des Ökumenischen theologischen Forschungszentrums "Fraternity" in Israel. Vor kurzem hatte sie die Organisation "Evangelische Konsultation zu Israel und dem Nahen Osten" gegründet. Die Ehrung wird an Christen vergeben, die "standhaft in ihrem Bekenntnis zu Israel" stehen. ([Israelnetz](#), WJC TS ILI News 27.01.2013)
- **Nach Jahren der Dürre und Aufrufen zum Wassersparen, zum Beispiel zu zweit zu duschen, hat die National Water Authority verkündet, dass keine Dürre mehr zu befürchten sei.** Der israelische Segen fällt nicht aus den Wolken, sondern ist das Resultat der Inbetriebnahme von drei Entsalzungsanlagen, die 25% des Trinkwassers produzieren. Zwei weitere befinden sich im Bau. Wasser bleibt dennoch ein teurer Spaß mit fast € 2 pro Kohlbrunnen in Jerusalem. Beim Wasser gibt es eine sonst wenig beachtete gut funktionierende Kooperation zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde. (TimesofIsrael TS ILI News 04.02.2013)
- **Die israelische Gruppe „Rabbinical Council for Peace“ (Rabbinerrat für Frieden) fordert von den politischen Parteien des Landes eine klare Positionierung gegen eine Zweistaatenlösung.** Wie der TV-Sender „Arutz 7“ berichtete, betonte die Gruppierung, die nach eigenen Angaben rund 350 prominente zionistische und strengreligiöse Rabbiner vertritt, ein Palästinenserstaat gefährde Millionen von Menschen in Israel. Die Torah verbiete den Rückzug von Land unter jüdischer Herrschaft. Die Rabbiner forderten die Parteien im Vorfeld des Israel-Besuchs von US-Präsident Barack Obama auf, deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass nur die Sicherung Israels und seiner Grenzen der Region Frieden bringen werde. Der Vatikan hatte hingegen erst im vergangenen November die Anerkennung Palästinas als Beobachterstaat bei den Vereinten Nationen begrüßt. (kna/rv 09.03.2013)
- **Eine gute Nachricht für manche: Die Rückenschmerzen weglaufen ...**das raten Michal Katz-Leurer und Ilana Shnayderman von der Universität Tel Aviv. 2- bis 3-mal pro Woche für 20 bis 40 Minuten spazieren zu gehen, ist genauso effektiv wie Physiotherapie bei Menschen, die Schmerzen im unteren Rückenbereich haben. Eine Studie mit 52 Patienten ergab, dass aktives Spaziergehen die Bauch- und Rückenmuskulatur gleichermaßen stärkt wie komplexe Übungen. (ILINews 11.03.2013)
- **Zum Abschluss seines Besuchs in Israel und den palästinensischen Gebieten hat US-Präsident Barack Obama die Geburtskirche in Bethlehem besucht.** Dort wurde er vom griechisch-orthodoxen Patriarchen Theophilos III. begrüßt und geführt. Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas nahm ebenfalls an der Führung teil. Wegen eines Sandsturms musste der Präsidenten-Hubschrauber am Boden bleiben, und Obama legte die zehn Kilometer von Jerusalem nach Bethlehem im Auto zurück. Der Besuch gilt als Geste der Solidarität mit der oft bedrängten christlichen Minderheit im Nahen Osten. Beobachter werten Obamas Israelbesuch darüber hinaus als möglichen Durchbruch für die israelisch-palästinensischen Beziehungen. (kap/rv 23.03.2013)
- **Das Christentum gerade in Jerusalem „ins Museum zu stellen“, mag auf den ersten Blick paradox erscheinen.** Dabei hat das „Terra Sancta Museum“ einen klaren Bezug zum aktuellen christlichen Leben im Heiligen Land – auch wenn es zunächst einmal über die Wurzeln des Christentums informiert. Das erklärt Franziskaner-Kustos Pierbattista Pizzaballa, einer der Koordinatoren des ehrgeizigen Museumsprojektes, das 2015 die Tore für das Publikum öffnet. Der 2.000 Quadratmeter umfassende Komplex, der ein archäologisches, historisches und ein Multimedia-Museum einschließt, befindet sich mitten im Herzen der Jerusalemer Altstadt an der „Via Dolorosa“, am Kreuzweg Christi. (rv 23.03.2013)

- **Der orthodoxe Rabbiner der Klagemauer, Shmuel Rabinovich, hat dem Vorschlag zugestimmt, an der Gebetsstätte einen Abschnitt zu eröffnen, wo Männer und Frauen gemeinsam beten können.** Diese grundlegende Geste könnte den jahrelangen Kampf um das Monopol der Orthodoxen an der Klagemauer beenden. Immer wieder kommt es zum Streit, wenn jüdische Frauen an der Mauer beten; 120 Frauen nahmen an einem monatlichen Gebet an den Resten der Umfassungsmauer des herodianischen Tempels teil, und fünf Frauen wurden verhaftet, weil sie Gebetsschals trugen, die nach Überzeugung vieler Juden beim Gebet nur Männern zustehen. Rabinovich erlaubt diesen nicht-orthodoxen Abschnitt, um die Auseinandersetzungen innerhalb des Judentums zu beenden. (ap 11.04.2013)
- **Der Vatikan verstärkt sein Hilfsangebot für Familien im Heiligen Land.** Der Präsident des Päpstlichen Rats für die Familie, Erzbischof Vincenzo Paglia, stellte in Rom die neue vatikanische Stiftung «Internationales Familienzentrum Nazareth» vor. Mithilfe der Stiftung soll für rund zwölf Millionen Euro in Nazareth eine Einrichtung zur Betreuung von einheimischen Familien sowie Eltern, die mit ihren Kindern auf Pilgerfahrt im Heiligen Land sind, entstehen. Die Pläne für das Projekt reichen bis ins Jahr 1994 zurück. Wegen der unsicheren politischen Situation konnten sie jedoch erst jetzt verwirklicht werden, wie der lateinische Bischof in Nazareth, Giacinto-Boulos Marcuzzo, berichtete. Der Grundstein für den Bau war 2009 von Benedikt XVI. bei seinem Besuch im Heiligen Land gesegnet worden. Das Familienzentrum soll unter anderem 100 Gästezimmer für Familien, ein pastorales Zentrum sowie eine Kirche umfassen. Nazareth hat mit 40 Prozent den höchsten Christenanteil aller israelischen Städte. (kna 16.04.2013)
- **Israel hat laut örtlichen Medienberichten UNESCO-Experten gestattet, den Zustand des Kulturerbes in der Jerusalemer Altstadt zu untersuchen.** Die Experten sollen ihre Arbeit im Mai aufnehmen; es handelt sich um die erste Untersuchung seit 2004. Die Ergebnisse sollen bei einer Sitzung des Welterbekomitees Anfang Juni vorgestellt werden. Nach Berichten der Tageszeitung «Haaretz» erlaubt Israel der UNESCO die Inspektion einer Reihe von Projekten in der Jerusalemer Altstadt. Ausgeschlossen sei der Besuch des Tempelbergs und der umstrittenen Fußgängerrampe am Mugrabi-Tor. Ebenfalls stimmte Israel den Angaben zufolge einem Treffen mit jordanischen und palästinensischen Experten sowie Fachleuten der UNESCO zu, um die Frage des Zugangs zum Tempelberg zu besprechen. Im Gegenzug sollen sich die Palästinenser verpflichten, die Eingabe fünf israelkritischer Resolutionen beim UNESCO-Ausschuss um ein halbes Jahr zu verschieben. Eingaben israelkritischer Resolutionen beim Komitee sollen um ein Jahr ausgesetzt werden. Wiederholt hat die UNESCO zum Ärger Israels in Resolutionen ihre Ansicht bekräftigt, dass das «seit 1967 besetzte palästinensische Gebiet einschließlich Ost-Jerusalems nach wie vor den Status eines militärisch besetzten Gebietes» innehat und «die Besatzungsmacht Israel lediglich die Rechte und Pflichten einer Besatzungsmacht». Ein Dauerthema in der schwierigen Beziehung bleibt der Jerusalemer Tempelberg. 2007 forderte die UN-Organisation ein sofortiges Ende der Grabungen, die Israel im Zusammenhang mit der Wiedererrichtung der 2004 bei einem Sturm stark beschädigten Rampe vor dem Mugrabi-Tor durchführte. Israel müsse sich vor weiteren Arbeiten mit allen Seiten beraten, hieß es. (kna 24.04.2013)
- **Ein Gericht in Jerusalem hat betende Frauen an der Klagemauer vom Vorwurf der Störung der öffentlichen Ordnung freigesprochen.** Ihre Festnahme durch die Polizei sei nicht rechtmäßig gewesen, urteilte das Distriktgericht laut israelischen Medienberichten. Fünf Aktivistinnen der Organisation «Women of The Wall» waren am 11. April festgenommen und mehrere Stunden vernommen worden, weil sie ihre Gebete laut sprachen und den traditionell Männern vorbehaltenen Gebetsschal trugen. Das Gericht befand, ein vom Obersten Gerichtshof 2003 bestätigter Regierungserlass, der Frauen verbietet, an der Klagemauer laut aus der Bibel zu lesen und Gebetsriemen oder -schals zu tragen, stelle keine gerichtliche Verfügung dar. Es sei Frauen nicht untersagt, in der für sie reservierten Sektion an der Mauer zu beten. Ihr Verhalten habe weder eine öffentliche Gefährdung noch eine Störung der Ordnung dargestellt.

Die Vorsitzende von «Women of the Wall», Anat Hoffman, begrüßte die Entscheidung als Erfolg für «die vielen unterschiedlichen Juden weltweit, die entsprechend ihren Überzeugungen und Bräuchen an der Westmauer beten können sollen». Die Organisation habe mit dem Urteil «die Westmauer für alle Juden befreit», hieß es in einer Stellungnahme. (kna 25.04.2013)

- **Ein internationales Wissenschaftler-Team startet ein Forschungsprojekt zur Versöhnung im Nahen Osten.** Ziel es ist, bei jungen Israelis und Palästinensern Verständnis für das Leiden

der jeweils anderen Seite zu wecken, teilte die Universität Jena als federführende Hochschule mit. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert das Vorhaben mit dem biblischen Motto «Herzen aus Fleisch - nicht aus Stein» in den kommenden zwei Jahren mit über einer Million Euro. Den Angaben zufolge sollen junge Palästinenser im Rahmen des Forschungsprojekts nach Auschwitz fahren und junge Israelis palästinensische Flüchtlingscamps in der Westbank oder Jordanien besuchen. Anschließend sollen gemischte Gruppen die Orte erneut aufsuchen und sich über ihre Erfahrungen austauschen. Die Reisen werden vorbereitet und begleitet von sozialpsychologischen Untersuchungen und sollen in ein theoretisch fundiertes Konzept dieser Form des Perspektivenwechsels münden. Beteiligt an dem Projekt sind Theologen, Psychologen, Politikwissenschaftler und Ethiker aus Deutschland, Israel und Palästina. Damit schlägt das interdisziplinäre Forscherteam eine bisher verhältnismäßig wenig erforschte Richtung ein, wie Martin O'Malley vom Ethikzentrum der Universität Jena betont. «Wir wissen bisher einfach noch zu wenig über die konkreten Prozesse, die Einzelpersonen oder soziale Gruppen dazu bewegen, sich für Aussöhnung zu öffnen», so der Koordinator des Jenaer Teilprojekts. «Bisher sehen sich beide Konfliktparteien ausnahmslos in der Opferrolle und konkurrieren vielfach darum, wer diese Rolle vor allem einnehmen darf», sagt der Jenaer Ethikprofessor Martin Leiner. Dies sei wenig produktiv, zumal diese Sicht von den politischen Eliten wie auch den Medien beider Seiten immer wieder bedient werde, was eine Begegnung mit den anderen und ihrem Leiden praktisch verhindert, so der Experte für Medienethik (kna 29.04.2013)

- **Die Zahl der Menschen in Ostjerusalem unterhalb der Armutsgrenze hat nach Angaben der israelischen Menschenrechtsorganisation ACRI ein Allzeithoch erreicht.** 79,5 Prozent der Bewohner Ostjerusalems und 85 Prozent der Ostjerusalemmer Kinder lebten in Armut, teilte die Association for Civil Rights in Israel am Dienstag zum «Jerusalem- Tag» (8. Mai, Mittwoch) unter Berufung auf offizielle Statistiken mit. Im palästinensisch geprägten Ostjerusalem lebt demnach mit rund 372.000 mehr als ein Drittel (39 Prozent) der Jerusalemer Gesamtbevölkerung. ACRI verweist auf mangelnde Infrastruktur im mehrheitlich arabisch bewohnten Osten der Stadt im Vergleich zum mehrheitlich jüdischen Westen. Als Beispiel nennt die Organisation die Zahl verschiedener städtischer Einrichtungen wie Fürsorgestellen (Ost: 3, West: 18), Vorkindergärten (173 in Westjerusalem und 10 in Ostjerusalem) oder Postämter (Ost: 9, West: 42). Eine Ungleichbehandlung sieht die Menschenrechtsorganisation auch beim Wohnungsbau. Nach Angaben von ACRI sind nur 7,8 Prozent des städtischen Baulandes für palästinensische Wohnbauten vorgesehen. Von den 2005 bis 2009 ausgestellten Baugenehmigungen seien nur 13 Prozent für Wohneinheiten in palästinensischen Wohnvierteln. (kna 07.05.2013)
- **Die Oberhäupter der Jerusalemer Kirchen haben ein brutales Verhalten der israelischen Polizei an den heiligen Stätten verurteilt.** In einer veröffentlichten gemeinsamen Stellungnahme bezeichneten sie es als nicht hinnehmbar, dass «unser Klerus und Volk unter dem Vorwand von Sicherheit und Ordnung wahllos und brutal geschlagen und am Zutritt zu ihren Kirchen, Klöstern und Konventen gehindert werden». Unterzeichnet ist das Schreiben unter anderem vom Oberhaupt der Katholiken, dem Lateinischen Patriarchen von Jerusalem, Fouad Twal, sowie vom obersten Hüter der heiligen Stätten, Franziskanerkustos Pierbattista Pizzaballa. Hintergrund sind der Rauswurf von drei ägyptischen Diplomaten aus der Jerusalemer Grabeskirche durch die israelische Polizei sowie israelische Sicherheitsmaßnahmen zu den orthodoxen Osterfeierlichkeiten. Die Diplomaten, unter ihnen der stellvertretende ägyptische Botschafter Mustafa Al-Kuny, hatten am 4. Mai an der koptischen Osterfeier teilnehmen wollen, waren jedoch von israelischen Sicherheitskräften aus der Kirche entfernt worden. Weiter verurteilten die Führer der verschiedenen Jerusalemer Kirchen, dass die Sicherheitsvorschriften mit jedem Jahr strenger würden, und forderten freien Zugang zu den heiligen Stätten während der Osterfeiern beider Kalendersysteme. Das Verhalten einiger israelischer Sicherheitskräfte in diesem Jahr habe den Gläubigen große Sorge und Schmerz bereitet. Die Kirchenrepräsentanten riefen die israelischen Autoritäten auf, die Beschwerden der Christen ernst zu nehmen und alle Akte der Gewalt gegen christliche Gläubige und Klerus zu verurteilen. Bei allem Verständnis für die Präsenz von Sicherheitskräften müssten diese sich sensibler und respektvoller verhalten. (kna 13.05.2013)
- **Die deutsche Benediktinerabtei der Dormitio in Jerusalem ist Ziel von Vandalismus geworden.** Nach Angaben des Klosters sprühten Unbekannte in der Nacht zum Freitag christenfeindliche Parolen auf Hebräisch an die Klostermauer und auf zwei Autos, unter anderem «Christen sind Affen» und «Jesus ist ein Affe». Die Reifen der Wagen wurden zerstoßen. Die Polizei nahm Ermittlungen auf. Abt Gregory Collins sprach von einem «schlechten Zeichen», verwahrte sich aber gegen voreilige Verdächtigungen. Es sei schwer nachvollziehbar, warum die

Abtei attackiert worden sei. Seit ihrer Ankunft 1906 stünden die deutschen Benediktiner auf dem Zionsberg für Frieden und Versöhnung, sagte der Abt der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Der Anschlag werde keine Auswirkungen auf die nachbarschaftlichen und ökumenischen Beziehungen haben. «Als benediktinische Gemeinschaft sind wir dem Frieden verpflichtet», sagte Collins. Das Kloster habe bereits Solidaritätsbekundungen von jüdischer Seite erhalten. Der Abt verwies aber auch darauf, dass es im vergangenen Jahr ähnliche Vorfälle bei den Franziskanern sowie beim Zisterzienserkloster Latrun gegeben habe. (kna 31.05.2013)

- Die Universität Haifa hat drei zusätzliche Feiertage eingeführt, die für alle Studierenden gelten sollen: das christliche Weihnachtsfest, den letzten Tag des muslimischen Fastenmonats Ramadan (Eid al-Fitr) und das muslimische Opferfest. Die Hochschule ist damit die erste in Israel, die nicht-jüdische Feiertage offiziell in ihre Semesterplanung aufnimmt. Der Präsident der Universität, Amos Schapira zu "Ha'aretz": „Diese beispiellose Entscheidung spiegelt unsere Vision wider. Unser oberstes Ziel ist Exzellenz in Forschung und Lehre. Dies möchten wir in einer Atmosphäre von Toleranz und Offenheit verwirklichen. Dann ist nur natürlich, dass wir auch die Feiertage gemeinsam begehen, die für uns wichtig sind.“ ([Ipi, israelnetz](#) TS ILI News 03.06.2013)
- **In Jaffa südlich von Tel Aviv ist ein christlicher Friedhof geschändet worden.** Wie israelische Medien berichten, verunstalteten Unbekannte eine Reihe von Grabsteinen auf dem orthodoxen Friedhof mit Parolen wie «Rache» oder «Price Tag» (Preisschild); dieses Wort ist Symbol einer Vergeltungspraxis von Anschlägen mutmaßlicher radikaler Israelis. Die Reifen in der Nähe geparkter Fahrzeuge seien zerstochen worden. Die Polizei ermittelte. Ebenfalls von Graffiti-Angriffen betroffen war laut den Berichten das Wohngebäude eines Tel Aviver Bezirksrichters in Jaffa. Es würden Zusammenhänge zu einem Übergriff auf eine Synagoge in Bat Yam im Vormonat vermutet. Die «Abraham Fund Initiative», die sich für die friedliche Koexistenz von Juden und Arabern in Israel einsetzt, rief die israelische Regierung laut der Tageszeitung «Jerusalem Post» zum Handeln auf. Israel müsse sich in gleicher Weise gegen die andauernden rassistischen Übergriffe auf seine arabischen Bürger stark machen, wie es Antisemitismus gegen Juden bekämpfe. In Israel kommt es seit Jahresbeginn immer wieder zu Graffiti-Angriffen auf christliche Orte sowie arabisch-jüdische Begegnungsstätten. Auch Synagogen und Moscheen wurden Ziel von Vandalenakten, für die israelische Extremisten verantwortlich gemacht werden. Das palästinensische «International Middle East Media Center» verzeichnet seit Jahresbeginn 165 «Price Tag»-Übergriffe. (kna 13.06.2013)

3. Personen

- **Der Historiker Henry Friedlander ist gestorben.** Wer heute sagt, der Mord an den Juden entziehe sich dem menschlichen Verstehen, steht leicht im Verdacht, den Holocaust mystifizieren zu wollen, den Blick auf Täter, Hintermänner, Interessen, Ideologen zu verschleiern. Und doch ist etwas sehr Wahres daran. Über die Mörder, die Mitläufer, die Mitwissenden, die 'bystander' (wie es der US-Historiker Raul Hilberg so prägnant formulierte) ist heute mehr bekannt denn je, Bibliotheken lassen sich mit Forschungsarbeiten, Zeitzeugenberichten, Akteneditionen füllen. Man weiß heute, dass der Kreis der Beteiligten viel größer war, als man es in Deutschland viele Jahrzehnte lang wahrhaben wollte. Und dennoch bleibt etwas Unfassbares. Niemand hat es besser formuliert als der jüdische Historiker Henry Friedlander: 'Trotz aller Bemühungen können wir immer noch nicht begreifen, warum scheinbar normale Männer und Frauen fähig waren, solche außerordentlichen Verbrechen zu begehen. Weder Ideologie noch Eigeninteresse ist eine ausreichende Erklärung für ein derartiges Verhalten. Die Mörder gehörten zu ihrer Zeit und zu ihrem Ort.'
Henry Friedlander, 1930 als Heinz Friedländer in Berlin geboren, hat die Mörder erlebt. Sie töteten seine Mutter. Die Nazis verschleppten die jüdische Familie nach Auschwitz. Er überlebte das Grauen des Vernichtungslagers gemeinsam mit seinem Vater. 1947 wanderte er in die USA aus. Als Professor der Judaistik an der City University von New York blieb der Holocaust der Fixpunkt seiner Arbeit. Zwischen 2001 und 2007 leitete er die Expertenkommission für die Neugestaltung der Gedenkstätte Bergen-Belsen.
Der Holocaust: Wie konnte es so weit kommen? Was trieb die Mörder in einen rational völlig sinnlosen Zivilisationsbruch? Und während Friedlander allmählich selbst in die Rolle eines der letzten Zeitzeugen geriet, hat er einiges zur Antwort beigetragen, so unvollständig diese immer bleiben wird. Er wurde nie so bekannt wie sein Fast-Namensvetter Saul Friedländer ('Das Dritte Reich und die Juden', 'Die Vernichtung der Juden'). Aber Friedlanders preisgekröntes Buch 'Der

Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung' (1995) war eine bemerkenswerte, freilich für Laien nicht ganz leicht zugängliche Forscherleistung.

Darin zeigte er, nicht als erster, aber mit besonderer Intensität, wie der spätere Holocaust im völkischen Denken wurzelte und wie die 'Euthanasie'-Morde der Nazis, das Auslöschen 'unwerten Lebens' von Behinderten, das Fanal für Auschwitz wurden. Bereits hier, in den 'Irrenanstalten', begann auch die Selektion jüdischer Patienten, als erste Gruppe wurden sie umgebracht. An all dem waren im Apparat der Medizin und Psychiatrie sehr viele Menschen namentlich beteiligt. Wie die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten mitteilte, ist Henry Friedlander im Alter von 82 Jahren gestorben. (Joachim Käppner SZ vom 20.10.2012)

- **Bundeskanzlerin Angela Merkel** ist am 28. Dezember von der Jüdischen Gemeinde Berlin mit dem Heinz-Galinski-Preis ausgezeichnet worden. Bundeskanzlerin Merkel hat dem arabisch-jüdischen Musical Projekt "Step by Step Sauwa Sauwa" das Preisgeld gespendet. (Bundesregierung, Facebook, Israelnetz TS ILI News 03.12.2012)
- **Der Historiker Dan Diner (66) hat den mit 10.000 Euro dotierten Leipziger Wissenschaftspreis 2013 erhalten.** Er habe Leipzig «zu einem weltweit bedeutenden Zentrum zur Erforschung der jüdischen Geschichte gemacht», begründeten die Preisstifter die Ehrung in der Messestadt. Es sind Stadt und Universität Leipzig sowie Sächsische Akademie der Wissenschaften. Diner ist Direktor des Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur an der Universität Leipzig und Professor für Moderne Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem. (kna 12.04.2013)
- **Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erhält den Jakobovits-Preis für das europäische Judentum 2013.** Damit werde Merckels Einsatz für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland und ihre Verurteilung von Antisemitismus in Europa gewürdigt, teilte die Konferenz Europäischer Rabbiner (CER) am Montag in Brüssel mit. Mit der Auszeichnung solle auch Merckels zügiges Handeln in der deutschen Beschneidungsdebatte gewürdigt werden. Die rechtliche Lösung sei von der jüdischen Gemeinschaft mit Erleichterung und Dankbarkeit aufgenommen worden. (kna 15.04.2013)
- **Wladyslaw Bartoszewski (91), polnischer Politiker und Auschwitz-Überlebender, hat vom US-Holocaust-Museum den Elie-Wiesel-Preis verliehen bekommen.** Der heutige Staatssekretär und außenpolitische Berater des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk habe im Zweiten Weltkrieg trotz drohender Todesstrafe Juden vor dem Holocaust gerettet, begründete Museumsdirektor Tom Bernstein die Auszeichnung. Polens Kulturminister Bogdan Zdrojewski nahm den Preis in Washington für den erkrankten Bartoszewski entgegen. (kna 29.04.2013)
- **Der israelische Staatspräsident Schimon Peres hat die Ehrenbürgerschaft der italienischen Stadt Assisi erhalten.** Bei der Zeremonie in der Basilika der Geburtsstadt des heiligen Franziskus rief Peres zum gemeinsamen Gebet um ein Ende des «schrecklichen Blutvergießens» in Nahost auf, wie das israelische Regierungspressebüro (GPO) mitteilte. Assisis Bürgermeister Claudio Ricci lobte Peres als vorbildlichen Förderer von Frieden und Dialog. Peres äußerte die Überzeugung, dass die Führer der verschiedenen Religionen einen großen Beitrag zum Ende von Gewalt und Not leisten können. Die Botschaften des heiligen Franziskus, der zu Bescheidenheit, Liebe zu den Armen, Einsatz für den Frieden und den Schutz der Schöpfung aufgerufen habe, seien auch heute relevant, so der Staatspräsident. Besonderen Dank sprach Peres der Stadt Assisi für ihren Einsatz zum Schutz von verfolgten Juden im Zweiten Weltkrieg aus. Vorher war Peres im Vatikan mit Papst Franziskus zusammengetroffen. Beide hatten sich für eine Wiederaufnahme der israelisch-palästinensischen Verhandlungen ausgesprochen. Es gelte, durch «mutige Entscheidungen» und die Bereitschaft beider Seiten mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft ein Abkommen zu erreichen. Peres lud den Papst zudem zu einem Besuch in Israel ein. (kna 02.05.2013)
- **Präses Nikolaus Schneider (65), Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, erhält den Leo-Baeck-Preis.** Die Entscheidung sei einstimmig gefallen, wie der Zentralrat der Juden in Deutschland in Berlin mitteilte. Die Preisverleihung findet am 21. November in Berlin statt. Der Präsident des Zentralrats der Juden, Dieter Graumann, verwies zur Begründung auf die tiefe Verbundenheit Schneiders mit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland und weltweit sowie mit dem Staat Israel. Die christlich-jüdische Aussöhnung sei ihm ebenso ein Herzensanliegen wie der Kampf gegen Antisemitismus und jede Art von Rassismus,

so Graumann weiter. Jegliche Form von Judenmission lehne er konsequent seit Jahren ab. Zudem habe Schneider «in der unseligen Beschneidungsdebatte» im vergangenen Jahr zu den ersten Vertretern der Kirchen gehört, die sich für die Sache von Juden und Muslimen mit ganzem Herzen engagiert hätten. Mit dem Leo-Baeck-Preis, der an den Rabbiner Leo Baeck (1873-1956) erinnert, ehrt der Zentralrat Persönlichkeiten, die sich in herausragender Weise für die jüdische Gemeinschaft eingesetzt und sich damit um sie verdient gemacht haben. Die seit 1957 vom Zentralrat vergebene Auszeichnung ist mit 10.000 Euro dotiert. (kna 27.05.2013)

- **Der ungarische Schriftsteller und Essayist György Konrad (80) erhält die Buber Rosenzweig-Medaille 2014 des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit.** Das gab der Koordinierungsrat an seinem Sitz in Bad Nauheim bekannt. Zur Begründung erklärte der Rat, gewürdigt werde mit der Auszeichnung Konrads «entschlossenes Engagement für eine freie Gesellschaft und wider den Ungeist von Rassismus und Antisemitismus insbesondere in seinem Heimatland Ungarn». Als europäischer Jude knüpfte Konrad an das Erbe Martin Bubers und Franz Rosenzweigs an und verkörpere damit auf vorbildliche Weise das Jahresthema 2014 «Freiheit - Vielfalt - Europa» der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Die Buber-Rosenzweig-Medaille, die der Koordinierungsrat seit 1968 vergibt, ist benannt nach den jüdischen Philosophen Martin Buber (1878-1965) und Franz Rosenzweig (1886-1929). Sie soll Konrad, der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels ist, am 9. März 2014 in Kiel zum Auftakt der «Woche der Brüderlichkeit» verliehen werden. Der Koordinierungsrat ist Veranstalter der jährlichen «Woche der Brüderlichkeit». Dem Rat gehören mehr als 80 Gesellschaften für Christlich-jüdische Zusammenarbeit an. (kna 12.06.2013)

4. Bücher

- **Jenny Erpenbeck (45), in Berlin lebende Schriftstellerin, erhält in Leipzig den mit 5.000 Euro dotierten Evangelischen Buchpreis 2013.** Sie wird für ihren Roman «Aller Tage Abend» ausgezeichnet, wie das Evangelische Literaturportal in Göttingen erläuterte. Das im vergangenen Jahres erschienene Buch sei ein in Inhalt und Form herausragender Roman über Grundfragen der menschlichen Existenz. Erpenbecks Roman spielt Anfang des 20. Jahrhunderts im jüdisch-christlichen Milieu Galiziens. Er handelt unter anderem vom plötzlichen Kindstod eines Säuglings. In der Begründung der Jury unter Vorsitz von Oldenburgs Bischof Jan Janssen hieß es, das Buch frage danach, was den Menschen trotz aller Hoffnungslosigkeiten neu anfangen lasse. Weiter lobte die Jury die «Sprachgewalt», mit der Erpenbeck eine Welt erstehen lasse: die stumme Trauer der erst 18-jährigen Mutter, das Auseinanderdriften der Eheleute, die Reaktionen der Familie, die sich wegen der Heirat mit einem Nicht-Juden entzweit hat. (kna 13.05.2013)
- **Das Institut für Deutsche Presseforschung der Universität Bremen hat im Mai den Sammelband «Judenfeindschaft und Antisemitismus in der deutschen Presse über fünf Jahrhunderte» herausgegeben.** An dem zweibändigen Werk haben 55 Wissenschaftler aus acht Ländern mitgearbeitet. Das Werk entstand in Kooperation mit dem Richard Koebner-Center for German History der Hebrew University Jerusalem. Das Werk ist laut Angaben der Herausgeber die erste wissenschaftliche Analyse ihrer Art. Auf rund 1.100 Seiten werde in 55 Beiträgen in deutscher und englischer Sprache die mediale Vermittlung judenfeindlicher und antisemitischer Bilder und Unterstellungen durch alle Epochen der deutschen Pressegeschichte hindurch analysiert und dokumentiert, hieß es. (kna 28.05.2013)

Alle Beiträge, die mit ILI News gekennzeichnet sind, entstammen mit freundlicher Genehmigung der Website www.il-israel.com.